

Ulbricht und die Wiedervereinigung

Die Moskauer Verhandlungen über das „Hauptthema des Jahres“

In Moskau befand sich eine sowjetzonale Partei- und Regierungsdelegation. Ihrer Entsendung kommt eine dreifache Bedeutung zu. Es ging 1. um Sofortmaßnahmen zur Behebung der schweren wirtschaftlichen Krise, in die das Zonenregime geraten ist, 2. um die Klärung wichtiger innerparteilicher Fragen im Zusammenhang mit der Führungskrise der SED, und 3. um die Frage der Wiedervereinigung.

Die jetzt beendeten Moskauer Verhandlungen sollten nicht zuletzt klären, welche rechtsstaatliche und Machtposition die SED bei derartigen Wiedervereinigungs-Gesprächen überhaupt noch ins Treffen führen kann. Darüber ist im Kreml bestimmt mehr gesprochen worden, als das Schlußkommuniqué besagte.

Seit langem sind sich sowohl die Sowjets als auch die SED-Führer darüber im klaren, daß man den Standpunkt Ulbrichts zur Wiedervereinigung im Jahre 1957 nicht aufrechterhalten kann.

Ulbricht hat sich — verrannt in sein Projekt vom „Aufbau des Sozialismus“ — zu sehr von der Wirklichkeit abgewandt. Seine Forderungen für eine Wiedervereinigung zielten seit jeher darauf ab, eine echte Diskussion gleich zu Beginn abzuwürgen. Inzwischen ist einiges Wasser die Elbe hinuntergeflossen und die politische Situation von 1957 stellt sich uns anders als der Vorjahre dar. Ulbrichts Ansicht war nie ein besonderes Rätsel. Der SED-Chef glaubte, er würde in seinem Machtbereich einen kleinen separaten „Sozialismus“ errichten, vollendete Tatsachen schaffen und eines Tages auf der Basis dieser Tatsachen verhandeln können. Aber der Ablauf der Dinge war gegen ihn. Sein Wirtschaftsprogramm scheiterte, politisch zwang ihn schon die erste Runde des Antistalinismus in die Knie. Auf den Trümmern seines Plans darf er nun die veränderte Weltlage inspizieren.

Ulbrichts „Bedingungen“

Was setzt denn Ulbricht für die Wiedervereinigung voraus?

Er will mit einer deutschen Regierung verhandeln, die zuvor ihre gesamten Bündnis-Sicherungen mit den westlichen Demokratien gekündigt hat. Darüber hinaus soll diese Regierung die Wehrpflicht rückgängig machen, durch beide Schritte also praktisch entwannt sein. Als Gegenleistung würde die SED-Regierung pro forma aus dem Warschauer Militärpakt ausscheiden. Die nächste, von Zeit zu Zeit wieder hervorgeholte Forderung betrifft den Abzug der Besatzungstruppen, die in der Bundesrepublik längst Schutzmächte geworden sind. Das würde heißen, daß sich beispielsweise die amerikanischen Truppen über den Ozean zurückziehen müßten, während die Sowjets rings um die Ostgrenze Deutschlands in Bereitschaftsstellung gehen würden. Der neue sowjetisch-polnische Truppenvertrag, der die Stationierung und das Durchmarschrecht sowjetischer Truppen in Polen garantiert, sieht überhaupt keinen Passus vor, nach dem sich dieser Vertrag im Falle eines Abzugs amerikanischer Einheiten aus Deutschland von selbst erledigte.

Eine weitere „Forderung“ Ulbrichts ist die Wiederzulassung der KPD. Sie wäre vermutlich kein undiskutables Hindernis,

würde sich Ulbricht gleichzeitig für eine Zulassung der demokratischen Parteien in der Sowjetzone verwenden. Wozu aber sollte man sonst über das Wiederaufleben einer KPD reden, die parlamentarisch längst gestorben war, seit langem nicht mehr den Charakter einer politischen Partei besaß und sich nur noch in ihrer Rolle als konspirative „5. Kolonne“ erschöpfte?

Und die „Errungenschaften“?

Ein weiterer Einwand betrifft die sogenannten „Errungenschaften“ des SED-Regimes. Darüber aber kann auch Ulbricht nicht einfach diktieren, man muß um diese Dinge auf gesamtdeutscher Basis und auf dem legalen parlamentarischen Wege verhandeln. Konkrete Verhandlungen wiederum lehnt Ulbricht ab, er will „politische Gespräche“. Wozu aber sollen diese führen, wenn die Entscheidung in jedem Falle bei den Sowjets liegt? Nur mit Moskau kann die letzte Frage der Wiedervereinigung diskutiert werden, der SED fällt dabei die unwesentlichste Rolle zu.

Es mehren sich die Zeichen, nach denen sich auch die Sowjets zu solchen realen Auffassungen durchringen möchten. Die abgeschlossenen Moskauer Verhandlungen berührten diesen Punkt nicht von ungefähr. Und wenn wir in diesen Tagen das offizielle Kommuniqué über die Moskau-Reise der SED-Führung lesen, dürfen wir hinter den schwülstigen und beruhigenden Phrasen einiges mehr vermuten. Einige kleine taktische Rückzüge Ulbrichts, nur für den geschulten Beobachter erkennbar, informieren uns darüber.

Brandherd Naher Osten

DT. Eine Macht, die heute noch eine Aggression unternimmt, handelt nicht aus irgendeinem Affekt, sondern aus wohlwogendem Plan, Sie hat die Chancen und die Risiken vorher mit kaltem Verstande berechnet und glaubt, „es schaffen zu können“. Allerdings sind die positiven und die negativen Werte in dieser diabolischen Rechnung nicht mathematisch sicher. Man kann sich verrechnen. Die seit Hitler begangenen Aggressionen haben das gezeigt: beim Ausbruch des zweiten Weltkrieges, nachher in Griechenland, bei der Berliner Blockade, die auch eine Aggression war, und schließlich in Korea. Auch die britisch-französische Gewaltanwendung in Ägypten, die politisch und moralisch auf einer etwas anderen Ebene liegt, zeigte schließlich, daß die Rechnung einige Faktoren übersehen hatte und deshalb nicht aufging. Die Auffassung, daß man einer Aggression am besten dadurch entgegenwirkt, daß man schon vorher gegen sie eine möglichst eindeutige Position aktiver Gegenwehr bezieht, ist vor allem in den USA lebendig. Sie kommt aus den Erfahrungen mit Hitler.

Die klassische Warnung

Einige Male war die Rechnung des deutschen Diktators, der auf die Furcht und die passive Hinnahme seiner aggressiven Schläge spekulierete, richtig aufgegangen. Beim Überfall auf Polen jedoch war sie falsch: aus der nationalsozialistischen Aggression wurde über Nacht wider Erwarten der große Weltkrieg. Der damalige Chefdolmetscher des Auswärtigen Amtes, Gesandter Paul Schmidt, der die ultimative Kriegsandrohung Englands entgegennahm und an Hitler weitergab, schildert die Wirkung dieses Dokumentes mit folgenden Worten: „Wie versteinerter saß Hitler da und blickte vor sich hin... Nach einer Weile, die mir wie eine Ewigkeit vorkam, wandte er sich Ribbentrop zu, der wie erstarrt am Fenster

stehengeblieben war. „Was nun?“ fragte Hitler seinen Außenminister mit einem wütenden Blick in den Augen, als wollte er zum Ausdruck bringen, daß ihn Ribbentrop über die Reaktion der Engländer falsch informiert hätte.“ Man kann noch das gleichfalls von Schmidt überlieferte Wort Hermann Görings erwähnen, das in der gleichen Stunde zu ihm gesprochen wurde: „Wenn wir diesen Krieg verlieren, dann möge uns der Himmel gnädig sein.“ Er war ihnen nicht gnädig.

Man glaubt heute vielfach — obwohl das angesichts der Rückendeckung, die Hitler damals von Moskau erhalten hat, keineswegs absolut sicher ist —, daß der zweite Weltkrieg vermieden worden wäre, wenn Hitler über die sicheren Folgen des Überfalls auf Polen eindeutig Klarheit gehabt hätte. In diesem klassischen Beispiel wurzelt die amerikanische Auffassung, daß man einen möglichen Aggressor am wirksamsten dadurch abschreckt, daß man die ihm entgegenretende Abwehr schon vorher offen, klar und verbindlich ankündigt.

Von Truman zu Eisenhower

Aus dieser Erfahrung stammt die Truman-Doktrin, die im Jahre 1947 im Hinblick auf die kommunistische Gefährdung Griechenlands allen Völkern die amerikanische Hilfe zusicherte, deren Freiheit von der kommunistischen Expansion bedroht werde. Der gleiche Wille zur warnenden Klärung des Risikos bestimmt die westliche Garantie für Berlin. Dem gleichen Ziel soll nun auch die Ankündigung dienen, daß die USA im Nahen Osten einer kommunistischen Aggression nicht gleichgültig zusehen, sondern ihr mit bewaffneter Macht sofort entgegenzutreten würden. Auch diese nahöstliche Bindung der USA liegt auf der Linie der Friedenswahrung durch eine verbindliche Klärung der Folgen einer Aggression. Sie ist im Grunde nichts Neues gegenüber der Truman-Doktrin, sondern nur ihre Anwendung auf einen konkret genannten Raum.

Dieser Raum ist, wie die ewigen Zwischenfälle und Konflikte der letzten Jahre gezeigt

haben, ein Gefahrenpunkt ersten Ranges für den Frieden der Welt. Hier begegnen und kreuzen sich feindliche Interessen und Fanatismen in bedrohlicher Form; hier wurde in täglichen Überfällen seit langem bereits gekämpft und für die größere Auseinandersetzung gerüstet, hier wurde kommunistisch infiltriert — das alles auf dem Untergrund des von Haß und Leidenschaft genährten ewigen Konfliktes zwischen Israel und den arabischen Staaten. In diesem Raum besteht also, wie zuletzt der Suez-Konflikt gezeigt hat, die ständige Gefahr weltweiter Entladung und dort vor allem ist die Aufgabe der Friedenssicherung von allen friedenswilligen Mächten zu erfüllen.

Gegenüber diesem explosiven Raum standen die USA bisher in einem schwierigen Dilemma, das nicht allein im amerikanischen Wahlkampf begründet war. Es lag darin, daß Washington die britisch-französische Aktion aus Gründen des internationalen Rechtes nicht billigen konnte, mit ihrer Verurteilung indessen — äußerlich gesehen — automatisch in eine Front mit der Sowjetunion geriet, die zur gleichen Zeit gemeine Gewalt gegen Ungarn anwandte. Das war die zufällige Gemeinschaft mit einer Macht, die in dem ägyptischen Konflikt nicht nur friedliche Ziele verfolgte, sondern die Chance einer politischen Expansion ihres Einflusses robust wahrnahm. Nach der Liquidierung der britisch-französischen Intervention, die mit dem Rückzug der Truppen gemäß den Forderungen der UN korrekt erfolgte, ergab sich für die USA eine neue Situation mit neuen Notwendigkeiten. Ihnen mit dem Ziele einer möglichst starken Sicherung des im arabischen Raum ständig bedrohten Friedens nachzukommen, das ist der Sinn des Eisenhower-Planes. Durch Ermutigung der nicht-kommunistischen Kräfte, durch die wirtschaftliche Unterstützung der kommunistisch bedrohten Länder und die Warnung vor vielleicht geplanten Aggressionen soll die Möglichkeit ge-

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni

Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Neujahrsempfang bei Heuss

Das Jahr 1957 stellt große Anforderungen

Bonn (DPA). Die provisorische Bundeshauptstadt stand am Dienstag im Zeichen des festlichen Neujahrsempfanges beim Bundespräsidenten. In der Villa Hammerschmidt erschienen die in Bonn akkreditierten Missionschefs in ihren farbenprächtigen Diplomatenuniformen, die Spitzen des Parlamentes, des Bundesrates, der Vertretungen der Länder, der obersten Gerichte und die Mitglieder des Kabinetts, um Bundespräsident Heuss ein gutes neues Jahr zu wünschen. Zum erstenmal wirkten zwei Ehrenzüge der Bundeswehr mit, die regungslos unter präzentiertem Gewehr standen.

In ihren Ansprachen gaben der Bundespräsident und der Doyen des diplomatischen Korps, der päpstliche Nuntius Erzbischof Muench, der Hoffnung auf Erhaltung und Sicherung des Weltfriedens Ausdruck.

An der Spitze seines Kabinetts hatte zuvor Bundeskanzler Dr. Adenauer dem Staatsoberhaupt herzliche Wünsche für 1957 ausgesprochen. Er betonte, daß das neue Jahr dem gesamten Volk große Anforderungen auferlegen

Geheimkonferenz im Kreml

SED bleibt starr — Kein „eigener Weg zum Sozialismus“

Moskau (AP/DPA). Die sowjetzonale SED und die Kommunistische Partei der Sowjetunion haben auf einer Geheimkonferenz in Moskau beschlossen, in Zukunft noch enger zusammenzuarbeiten, um „jeden Versuch, die Grundsätze des Marxismus-Leninismus zu revidieren, entschieden zurückzuweisen“. Unter Widerrufung der These, daß es verschiedene Wege zum Sozialismus gebe, erklärten beide Parteien, daß die „Hauptwege zum Sozialismus für alle Länder die gleichen“ seien. Die Geheimkonferenz fand, wie bekanntgegeben wurde, unter der Leitung des SED-Generalsekretärs Ulbricht und des sowjetischen Parteichefs Chruschtschow statt.

In einem Kommuniqué über die Konferenz heißt es, die „imperialistische Reaktion“ habe in letzter Zeit verstärkt versucht, „die Reihen der sozialistischen Staaten und der Kommunistischen Parteien durch eine neue antikommunistische Welle von Hysterie und Provokationen aufzuspalten und Mißtrauen gegen die Politik des sozialistischen Lagers hervorzurufen“. Hierdurch solle in die Reihen der „Kommunistischen und Arbeiter-Parteien Verwirrung ge-

tragen“ werden. Daneben bedeute das „Wiedererstehen des Militarismus in Westdeutschland“ eine ernste Gefahr nicht nur für die UdSSR und die DDR, sondern auch für Frankreich, Polen und andere europäische Länder.

„Fest zusammenstehen“

Wörtlich heißt es in dem Kommuniqué dann weiter: „Unter diesen Bedingungen erachten es die Teilnehmer der Zusammenkunft vor allem für notwendig, daß alle Kommunistischen und Arbeiter-Parteien auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus fest zusammenstehen und im Geiste des proletarischen Internationalismus gemeinsam darangehen, die friedliebenden Kräfte gegen den Angriff der imperialistischen Reaktion zu vereinen. Das verpflichtet die Parteien, jeden Versuch, die Grundsätze des Marxismus-Leninismus zu revidieren, entschieden zurückzuweisen.“

Verhandlungen USA — Polen

Amerikanische Hilfslieferungen werden beraten

New York (AP/DPA). Verhandlungen zwischen den Regierungen Polens und der USA sollen nach einer Meldung der „New York Times“ in Kürze beginnen. Polen habe den Wunsch nach Verhandlungen mit Washington bereits vor drei Monaten geäußert, doch habe Washington seine Entscheidung nicht früher getroffen, um der neuen Regierung Polens keine Schwierigkeiten in ihren Beziehungen zu Moskau zu bereiten. Polen hat nach dem Bericht der Zeitung außer um eine Anleihe zum Ankauf von Weizen, Fett, Baumwolle, Maschinen und Dünger auch um

die Errichtung polnischer Konsulate in verschiedenen amerikanischen Städten ersucht.

Wie das US-Außenministerium bekanntgab, hat die polnische Regierung auch vorgeschlagen, eine Wirtschaftsabordnung nach den USA zu senden, damit sie die Möglichkeiten einer Lieferung von überschüssigen amerikanischen Agrarprodukten an Polen erörtern könne. Das US-Außenministerium erklärte, dieser Vorschlag werde gegenwärtig „wohlwollend erwogen“, doch sei noch keine Entscheidung über derartige Besprechungen getroffen worden.

Kein Handelsvertrag mit Moskau

Bonn: Behinderung der Einheit schafft kein Vertrauen

Bonn (Eigenmeldg.) Die Bonner Handelsbesprechungen mit der Sowjetunion sollen nicht zum Abschluß eines förmlichen deutsch-sowjetischen Handelsvertrages führen. Dies gab Bundespresseschef von Eckardt am Montag bekannt.

Zur Begründung für die Auffassung der Bundesregierung führte von Eckardt an, der Abschluß eines Handels- und Freundschaftsvertrages setze ein Maß von politischem Vertrauen zwischen den Vertragspartnern voraus, das so lange nicht gegeben sei, wie sich die sowjetische Regierung der Einheit Deutschlands widersetze. Allerdings, so fügte der Bundespresseschef hinzu, sei eine Ausweitung des Handels auch ohne den Abschluß eines Vertrages möglich. Die Frage, wie der Warenaustausch zwischen beiden Ländern vergrößert werden könne, werde jetzt in den Gesprächen überprüft, die im übrigen bereits nach der Ankunft des ersten Sowjetbotschafters, Sorin, angeknüpft worden seien. Es sei also falsch,

auf diesem Gebiet von einer völlig neuen Entwicklung zu reden.

Die Absicht der Bundesregierung, vorläufig keinen Handelsvertrag mit Moskau abzuschließen, ist von einem Sprecher der SPD kritisiert worden.

160 000 Flüchtlinge

Wien (DPA). Die Zahl der ungarischen Flüchtlinge, die seit Anfang November nach Österreich gekommen sind, hat 160 000 erreicht. Etwa 92 000 Flüchtlinge haben Österreich jedoch bereits wieder verlassen. Die Bundesrepublik steht dabei an dritter Stelle der Aufnahmeländer. Sie gewährte bis jetzt fast 11 000 Ungarn-Flüchtlingen Zuflucht. Die USA haben etwa 21 000, Großbritannien über 13 000 aufgenommen.

Kadar will jede Hilfe annehmen

Aber keine Dollars für Ungarn

Genf (AP). Die UN-Wirtschaftsdelegation, die am Freitag unter Führung des stellvertretenden UN-Generalsekretärs für wirtschaftliche Fragen, de

Kollektivgüter zu 80 % aufgelöst

Wien (AP). Nach polnischen Zeitungsmeldungen sind in den letzten beiden Monaten des vergangenen Jahres in Polen 8000 der 10 000 Kollektivgüter aufgelöst worden. Dieser Prozeß ist noch nicht abgeschlossen.

Die Auflösung der Kollektivgüter ist in den deutschen Gebieten unter polnischer Verwaltung am schnellsten vorangetrieben worden. In der Wojewodschaft Allenstein sind von 550 Kollektivgütern nur 48 übriggeblieben.

Die „fortschrittlich“-katholische Warschauer Zeitung „Słowo Powszechne“ erklärt zu diesen Maßnahmen, die Kollektivgüter seien „eine Verzerrung der Idee des Sozialismus und nicht ein Ausdruck des Sieges des Sozialismus in den polnischen Dörfern“.

Seynes, ohne vorherige Ankündigung in Budapest eingetroffen ist, hat Ungarn wieder verlassen und ist nach Genf zurückgekehrt. Wie Mitglieder der Delegation mitteilten, hat Kadar nicht direkt um die Hilfe der UN gebeten, jedoch im Gespräch angedeutet, daß er bereit sei, jedes Hilfsangebot anzunehmen.

Inzwischen ist eine zweite Kommission der UN unter Führung des Leiters der Landwirtschaftsabteilung der FAO, Dr. Wahlen, nach Ungarn gefahren, um sich einen Überblick über die dringendsten Bedürfnisse der ungarischen Landwirtschaft zu verschaffen. Das Land ist von einer Hungersnot bedroht, falls nicht noch in diesem Monat 15 000 Tonnen Saatgetreide und -kartoffeln für die Anfang Februar beginnende Frühjahrsaussaat nach Ungarn gebracht werden können.

Washington (AP). Die USA haben nach Mitteilung des Außenministeriums nicht die Absicht, die ungarische Kadar-Regierung durch Gewährung einer Anleihe zu unterstützen. Wie der Presseschef des Ministeriums erklärte, wird die amerikanische Regierung „dem gegenwärtigen Regime in Ungarn nicht beistehen“.

Antwort des Westens an Bulganin

Abrüstungskonferenz abgelehnt — Scharfe Worte Mollets

Berlin (Eigenmeldg./AP/DPA). Die Antworten der Regierungschefs der USA, Großbritanniens und Frankreichs auf die sowjetische Abrüstungsnote vom 17. November sind veröffentlicht worden. Die Westmächte lehnten eine Abrüstungskonferenz auf höchster Ebene zum gegenwärtigen Zeitpunkt als nicht zweckmäßig ab und schlugen demgegenüber vor, die Abrüstungsgespräche in den UN fortzuführen.

Die Antwort des britischen Premierministers ist kurz und beschränkt sich auf diese sachlichen Hinweise. Die Antwort des französischen Regierungschefs Mollet enthält darüber hinaus eine scharfe Zurückweisung der „begleitenden Analyse“ Bulganins zu seinen eigentlichen Vorschlägen. Was Bulganin über die „unprovokierte Aggression gegen Ägypten“, einen „ge-

genrevolutionären Militärputsch in Ungarn“ oder eine „Kriegshysterie in Westeuropa“ sage, entspreche nicht den Tatsachen. Wenn Bulganin von der Unzulässigkeit der Gewaltanwendung eines Staates gegen den anderen spreche, so „müssen wir hoffen, daß die sowjetische Regierung in Zukunft diese Grundsätze in ihren Beziehungen zu allen Staaten, auch denjenigen Osteuropas, respektieren wird. In solchem Falle würde die Lösung des Abrüstungsproblems erleichtert werden.“

Präsident Eisenhower läßt in seiner Antwort die Möglichkeit offen, eine Fünfmächterkonferenz zu einem späteren Zeitpunkt einzuberufen, „wenn die Umstände es als wahrscheinlich erscheinen lassen, daß bedeutungsvolle Ergebnisse erzielt werden können“.

So sind sie wirklich:

Eine sozialistische Ehe führen ...

Am 5. und 6. Januar tagten in Glauchau 850 Vertreterinnen der kommunistischen „Frauenausschüsse“ in den Betrieben. Zu ihnen sprach eine Frau, die, wie es den Delegierten schien, in einer anderen Welt leben muß. Eine Frau, die mit der längst überfälligen Terminologie der ersten Nachkriegsjahre sprach und ihre Zuhörer zeitweilig wie Teilnehmer einer Jugendvermählung zu behandeln schien.

Von Edith Baumann ist die Rede. Von einer am politischen Leben zerbrochenen Frau, die — obwohl in maßgeblicher Stellung — heute nur noch selten an die Öffentlichkeit tritt. Ihr privates Schicksal ist mit ihrem politischen Aufstieg eng verbunden. Als Abteilungsleiterin für Frauenfragen im Zentralkomitee der SED fällt ihr eine große innerparteiliche Verantwortung zu. Und obwohl sie dieser längst nicht mehr gerecht werden kann, bleibt Edith Baumann im Amt. Ihr bei den wenigen öffentlichen Auftritten mitunter unverständliches Verhalten aber soll ihr Werdegang erklären ...

„Zu weit rechts gewesen!“

Edith Baumann ist heute 47 Jahre alt. Tochter eines Reinikendorfer Arbeiters, erlernte sie den Beruf einer Stenotypistin. Bereits mit 16 Jahren wurde sie Mitglied der „Sozialistischen Arbeiterjugend“ (SAJ). Zwei Jahre später Angestellte und Mitglied der SPD. Von hier aus schwankte sie 1931 zur „Sozialistischen Arbeiterpartei“ (SAP) ab, die damals eine Brücke zu den Kommunisten bauen wollte. Später hat man der Baumann diese „Inkonsequenz“ oft vorgeworfen. Sie habe „zu weit rechts gestanden“, sagten ihr die Kommunisten. Erst ihre Ehe mit dem späteren FDJ-Chef Honecker ließ den Zweifel an ihrer Parteitreu überwinden.

Die Ehe mit dem drei Jahre jüngeren Honecker wurde ihr Schicksal und Verhängnis. In seiner Widerstandsgruppe wurde sie von den Nazis verhaftet und kurz nach ihrem 24. Geburtstag zu drei Jahren Gefängnis ver-

EDITH BAUMANN



urteilt, die sie im Frauengefängnis Barmimstraße verbüßte. Honecker entkam ins Saargebiet und wurde 1935 in Berlin verhaftet. Er blieb bis zur Befreiung durch die Rote Armee im Zuchthaus Brandenburg.

„Wir teilen uns die Jugend!“

1945 trat Edith Baumann, diesmal jedoch mit Absprache der Kommunisten, in die wiedererstandene SPD ein. Am Tage der Zwangsverschmelzung saß sie mit am Vorstandstisch der SED. Zuvor hatte sie zusammen mit Honecker die „Antifaschistischen Jugendausschüsse“ organisiert, aus denen sich im April 1946 die kommunistische FDJ rekrutierte. Als Honecker FDJ-Vorsitzender wurde, übernahm sie das Amt seiner Stell-

Gratulationscour zu Adenauers Geburtstag

Bonn (AP/Eigenbericht). Mit Geburtstagsständchen der Bundeswehr, Ordensverleihung und stundenlanger Gratulationscour beugung Bundeskanzler Adenauer seinen 81. Geburtstag. Höhepunkt der offiziellen Feier, die sich über den ganzen Vormittag hinzog, war die Überreichung des Großkreuzes des britischen St.-Michels- und St.-Georgs-Ordens, einer der höchsten Auszeichnungen des britischen Königreiches, durch den britischen Botschafter Hoyer-Millar.

vertreterin. Das Ehepaar Honecker, unter getrennten Namen auftretend, regierte die damals zweitstärkste Organisation. „Wir teilen uns die Jugend!“ pflegte Honecker scherzhaft zu sagen. „Sie wird die Mädchen nehmen.“

Drei Jahre später verließ die im Umgang mit FDJ- und Parteimitgliedern unleidlich gewordene Baumann sang- und klanglos die FDJ. Ihr Mann hatte sich mit der damals blutjungen Margot Feist liiert, die daraufhin zur Leiterin der „Jungen Pioniere“ avancierte. Erst als es öffentlichen Skandal gab, heiratete Honecker die Feist, die heute als Ostberliner SED-Kreissekretärin tätig ist. Edith Baumann aber wurde „Ehrenmitglied der FDJ“ und mußte diese „Anerkennung“ auf einer Feierstunde des Zentralrats in Anwesenheit ihrer Nebenbuhlerin annehmen.

Keine Demütigung erspart

Die Partei hat dieser Frau keine Demütigung erspart. Als Mitglied des Zentralkomitees mußte sie 1951 auf einer Großversammlung ein Referat über „sozialistische Eheführung“ halten. Nach dem Juni-Aufstand 1953 wurde sie Sekretär für Landwirtschaft in der SED-Bezirksleitung Berlin.

Heute ist sie die „Frauenbeauftragte“ des Zentralkomitees. Ihre Biographie enthält in der offiziellen Lesart keinen Hinweis mehr auf ihren geschiedenen Mann. Und selbst die internen Angaben datieren diese Ehe aus dem Jahre 1947, obwohl jedes alte Parteimitglied weiß, daß Edith Baumann 1945 erdenklichen Wert auf die Legalisierung ihrer in der NS-Zeit nicht anerkannten „Kameradschaftsehe“ legte. Das alles hat diese Frau in eine Verbitterung getrieben, die sie frühzeitig altern und ebenso unleidlich wie unduldsam werden ließ. Im März 1955 verlieh ihr Ulbricht die „Clara-Zetkin-Medaille“, zwei Monate später hat man ihr den „Vaterländischen Verdienstorden in Silber“ gegeben. Es scheint, daß dies kein Ersatz für eine ungepörrte politische Begeisterung und privates Glück gewesen ist.

... von Bebel weit entfernt

Die Frau und der Sozialismus

Unter den deutschen Kommunisten kursierte seit jeher als Standardwerk für die Stellung der Partei zu allen Frauenproblemen Bebels „Die Frau und der Sozialismus“. Heute dürfte man es nur noch in wenigen Handbibliotheken unterer Parteioorganisationen finden. Was Bebel vorschwebte, die gesellschaftliche Achtung und die soziale Befreiung der Frau, ist zuerst von den Sowjets und dann von den deutschen Kommunisten in ungeahnter Variante aber von der SED ad absurdum geführt worden. In dieser Woche blicken die „Frauenausschüsse“, für die Arbeiterinnen in den Staatsbetrieben der Sowjetzone geschaffen, auf ein fünfjähriges Bestehen zurück. Was aber hat ihre Arbeit den im Produktionsprozeß stehenden Frauen gebracht?

Die SED bildete diese Frauenausschüsse, nachdem es dem „Demokratischen Frauenbund“ nicht gelungen war, die berufstätige Frau mit Erfolg politisch anzusprechen. Die von der Leiterin der Abteilung Frauenarbeit im SED-Zentralkomitee, Edith Baumann, organisierten Ausschüsse waren somit in erster Linie ein Vorwand, um die abseits der Partei stehenden Frauen in den Betrieben zu organisieren. Aber bereits zwei Jahre nach Bestehen der „Frauenausschüsse“ begannen sich diese von selbst wieder aufzulösen. Es bestand kein Bedürfnis für eine weitere politische Institution im Betrieb. Erst 1955 begann man diese Ausschüsse zu reorganisieren und ging nun daran, ihnen eine reale Zielsetzung zu geben. Millionen Frauen, die niemals gearbeitet hatten, wurden durch den Krieg und vor allem nach 1945 in die Industrie gezogen. Der sowjetzonalen Lebensstandard und das unsozial gestaffelte Kartensystem zwang die Frau, auch dann arbeiten zu gehen, wenn ihre Anwesenheit im Haushalt dringend erforderlich gewesen wäre. Hier sollten die „Frauenausschüsse“ einsetzen, und genau hier haben sie versagt!

Was wurde getan?

Eine der ersten Forderungen war die Schaffung von Kindergärten und Kindertagesstätten. Gewiß, es gibt Musterbetriebe, in denen diese Frage annähernd gelöst werden konnte. Im allgemeinen aber beschränkte sich man auf die statistische Feststellung, daß die Zahl dieser Institutionen heute größer sei

als beispielsweise 1936. Wieviel Ehefrauen und Mütter aber mußten 1936 arbeiten gehen und wieviel müssen es heute in der Sowjetzone tun? Es ist eine Tatsache, daß nirgends in der westlichen Welt so wenig auf die Stellung der berufstätigen Frau Rücksicht genommen wird wie in den kommunistischen Ländern. Die Frau ist „gleichberechtigt“ geworden! Aber — gehören zur Gleichberechtigung der Frau nicht noch andere Dinge als „Gleicher Lohn für

Hausfrau trägt das schwerste Los

Eine berufstätige Frau ist dann nicht gleichberechtigt, wenn sie sich im Gegensatz zum Mann täglich Stunden nutzlos um Alltagsdinge plagen muß, die der Versorgung ihrer Familie im Wege stehen. Wenn sie Tag für Tag mitunter stundenlang in den Staatsläden Schlange stehen muß, um lebensnotwendige Dinge zu erhalten, wenn ihr die Industrie, für die sie selbst Exportgüter schafft, nicht die aller nötigsten Komfortprodukte geben kann, die die Hausarbeit erleichtern — dann ist die „Gleichberechtigung“ zu einer Plage geworden. Die berufstätige Hausfrau und gar erst die Mutter trägt heute im Produktionsprozeß das schwerste Los. Dinge, die der westdeutschen Hausfrau, auch wenn sie nicht berufstätig ist, zur Selbstverständlichkeit geworden sind, sind in der Sowjetzone ein fremder Begriff. So beraten die „Frauenausschüsse“ durch jahrelange Konferenzen, wie man der Arbeiterin eine Möglichkeit schaffen kann, daß sie ihre

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

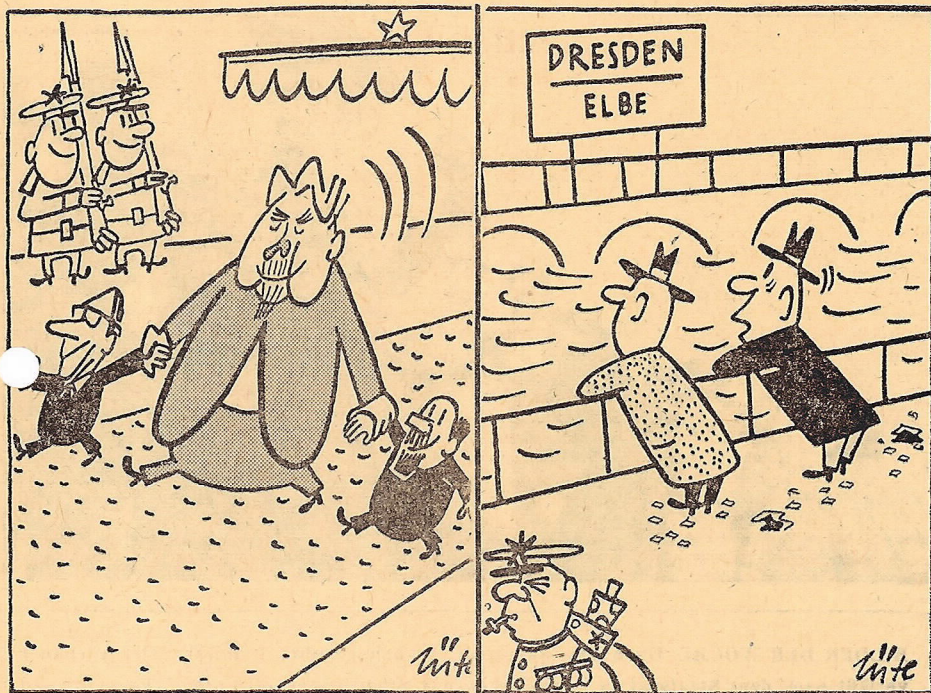
Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtshofen-Str. 2. Druck: W. Büxenstein, GmbH.

gleiche Arbeit“, Gleichheit vor dem Gesetz und Anspruch auf einen Arbeitsplatz?

Wäsche aus dem Haus zu geben vermag. Wie man stundenlange Wartezeiten im Konsum vermeiden kann und woher man die dringlichsten Haushaltsgeräte nehmen soll.

Die „Lösung“

Die SED aber hat eine andere Lösung gefunden. Sie weiß, daß ein neuer, weniger radikaler Wirtschaftsplan ein Abbau bestimmter Industriezweige erfordert. Sie spekuliert darauf, daß in den kommenden beiden Jahren viele Frauen wieder aus dem Produktionsprozeß ausscheiden werden. So läßt sie den Dingen ihren Lauf. Die „Frauenausschüsse“ aber sind ihr nur noch politisches Instrument. Alle auf die berufstätige Hausfrau und Mutter gemünzten Versprechungen sind der Vorwand für die Organisation der Frauen im Betrieb. Vielleicht ist das allein bereits der Grund dafür, daß von 15 300 Frauenausschüssen nur rund 4000 tatsächlich arbeiten, die anderen aber lediglich auf dem Papier und im Betriebsplan existieren.



„Großer Bahnhof“
für Sowjetzonen-Delegation

„Karl, das müßte hier die Saar sein!“

Brandherd Naher Osten

Fortsetzung von Seite 2

schaffen werden, daß die strittigen Probleme unter Führung und im Rahmen der UN gelöst werden können.

Zustimmung und Bedenken

Zustimmung hier, Bedenken dort und scharfe Ablehnung durch die Sowjetunion kennzeichnen bisher das Echo des amerikanischen Vorhabens. Bedenken äußern sich auch in den USA, und sie lassen eine lebhaftige Debatte im Parlament erwarten, dessen Zustimmung erforderlich ist. Aus dem Ablauf der parlamentarischen Auseinandersetzung dürfen wir interessante Aufschlüsse über die amerikanische Bereitschaft zu der doppelten weltpolitischen Verantwortung erwarten, sowohl mit unverminderter Entschlossenheit jeder kommunistischen

Aggression entgegenzutreten, als auch mit aktivem Willen zur Verständigung jeden gangbaren Weg zur Lösung der großen Probleme zu nutzen. Das wird auch eine für Europa lebenswichtige Klärung sein.

Daß Moskau den Eisenhower-Plan mit groben Verdächtigungen beantwortet würde, das war zu erwarten. Was aber die sowjetische Propaganda gegen ihn vorbringt, das ist zu billig, um selbst in der Sowjetunion glaubhaft zu sein. Es ist immer das gleiche. Die „Prawda“ hat soeben behauptet, daß Ungarn, wenn der Aufstand erfolgreich gewesen wäre, dem Atlantikpakt beigetreten wäre und die USA dann dort ihre Stützpunkte errichtet hätten. In Wirklichkeit haben die Aufständischen laut und öffentlich den Abzug der sowjetischen Truppen und

die Neutralisierung Ungarns nach österreichischem Muster gefordert, und niemand in der freien Welt würde sich diesem Neutralitäts-Verlangen entgegenstellen haben. Das ist die Wahrheit. Sie wird gegenüber dem Eisenhower-Plan in ähnlicher Weise vom Moskauer Rundfunk entstellt, der zur gleichen Zeit erklärte, daß dieser Plan ein Versuch sei, den Ländern des Nahen Ostens mit Gewalt ein „amerikanisches Protektorat“ aufzuzwingen, sie ihrer Unabhängigkeit zu berauben und sie den „aggressiven und imperialistischen Zielen Amerikas dienstbar zu machen“.

Wenn die Sowjets in dieser Weise reagieren, dann läßt die bisherige Erfahrung die Schlußfolgerung zu, daß der Eisenhower-Plan zur Sicherung des Friedens und der Freiheit in einem von kommunistischer Begehrlichkeit betroffenen Raum nicht schlecht ist.



BILDER DER WOCHE. Oben: Das Saargebiet ist heimgekehrt. Bundeskanzler Adenauer verläßt nach dem Staatsakt in Saarbrücken das Stadttheater. — Unten: „Energie“ und „Ausdauer“, die beiden westdeutschen Hebeschiffe, haben im Suezkanal mit den Aufräumungsarbeiten begonnen.

